

KURZ UND PRÄGNANT

Gerechte Sozial- und Rentenpolitik

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Armut am 17. Oktober forderte MdL Matthias Bärwolff eine Umkehr in der Sozialpolitik. „Es ist an der Zeit, dass in Deutschland endlich ein Mindestlohn eingeführt wird und diejenigen, die von der Finanzkrise profitieren bzw. sie verursacht haben, auch an den Kosten beteiligt werden“, betonte der Sozialpolitiker der Linksfraktion.

„Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise werden immer mehr Sozialleistungen gekürzt und die Verursacher der Krise werden geschont. Ihre Auswirkungen haben in Deutschland bisher all jene bezahlt, die sie nicht verursacht haben. Gerade in der Sozial- und Rentenpolitik müssen diejenigen mit geringem Einkommen stärker unterstützt werden. Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ist notwendig.“ ■

Eigenproduktion von Energie

Angesichts der zurückhaltenden Reaktion der Kommunen hinsichtlich einer stärkeren Eigenproduktion von Strom erwartet MdL Manfred Hellmann auch vom Gemeinde- und Städtebund „eine klarere Position zum dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien in den Kommunen“. Darüber hinaus müsse die Frage beantwortet werden, wer die Finanzierung solcher Investitionen schultern kann. Es wäre sinnvoll, wenn die Thüringer Aufbaubank oder die Bürgerschaftsbank Thüringen die entsprechenden Bürgschaften zur Absicherung der notwendigen Kredite übernehmen würden. Dem Gemeinde- und Städtebund fiel die Aufgabe zu, eine Beratungsstelle einzurichten, um die Kommunen zu unterstützen. ■

Richterwahlausschuss stärken

„Der Richterwahlausschuss muss das Letztentscheidungsrecht bei allen Stellenbesetzungen von Richtern haben“, so MdL Ralf Hauboldt bezüglich der Auseinandersetzungen um die Besetzung einer Richterstelle beim Thüringer Obergericht (OVG). Der LINKE Justizexperte bezeichnete es als „anachronistisch“, dass der Justizminister „nach eigenem Gutdünken“ Stellenbesetzungen von Richtern vornehmen könne. Im Justizausschuss des Landtages liegt ein Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Beratung, der für alle Stellenbesetzungen die Verlagerung der Letztentscheidungskompetenzen vom Justizminister auf den Richterwahlausschuss vorsieht. Dieser würde damit gegenüber dem Ministerium als Teil der Exekutive mit Blick auf die Einhaltung der Gewaltenteilung gestärkt. ■

Aktive Arbeitsmarktpolitik erhalten!

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE unterzeichneten eindringlichen Appell des Paritätischen Gesamtverbandes

Mit Blick auf den Tag der menschenwürdigen Arbeit, der am 7. Oktober zum vierten Mal begangen wurde, hat die Linksfraktion gemeinsam mit Thüringer Vertretern von Sozial- und Arbeitslosenverbänden sowie der Gewerkschaft ein Umsteuern in der Arbeitsmarktpolitik gefordert. Angesichts der massiven Zunahme von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen durch Leiharbeit oder Befristung und eines unverändert hohen Sockels von Langzeitarbeitslosen warnte die Linksfraktion davor, dass durch die Instrumentenreform der Bundesregierung eine Zerschlagung aktiver Arbeitsmarkt-

förderung stattfindet. Damit würden Menschen „nicht nur dauerhaft persönlich diskriminiert und gesellschaftlich ausgegrenzt, es werden zugleich tausendfach Chancen vergeben“, betonte der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow, der zusammen mit dem Landesvorsitzenden der LINKEN, MdL Knut Korschewsky, der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Fraktion, Ina Leukefeld, sowie weiteren Teilnehmern des Pressegesprächs symbolisch „fünf vor zwölf“ den Aufruf des Paritätischen Gesamtverbandes „Arbeitsmarktpolitik für alle – Rücknahme der Sparbeschlüsse – Umkehr bei der In-

strumentenreform“ unterzeichnet hatte. Zuvor war der Appell in der Fraktionsitzung auch von den anderen Abgeordneten der LINKEN unterschrieben worden.

Mit dem ÖBS Arbeit finanzieren

In der Debatte um die Zukunft des „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors“ (ÖBS), einst ein Markenzeichen der aktiven Arbeitsmarktpolitik der PDS und später der LINKEN, hat MdL Ina Leukefeld ein Plädoyer veröffentlicht, an der Forderung nach einer wirklichen Etablierung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors festzuhalten.

Die Arbeitsmarktpolitikerin sieht im ÖBS ein „wirkliches Zukunftsprojekt“, das „sinnvolle, längerfristige und tariflich bezahlte, mindestens aber existenzsichernde Arbeit schaffe“ und „die sozio-kulturelle Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ stärke. Das Fazit der Abgeordneten: „Arbeit finanzieren, Menschen qualifizieren und eine Perspektive geben, das ist besser als Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung.“

Ina Leukefelds „Plädoyer für den Öffentlichen Beschäftigungssektor“ im Internet:

www.die-linke-thl.de



Im Foto (v. l.): Hans-Georg Mächold, stellv. Landesvorsitzende des Thüringer Arbeitslosenverbandes, Birgit Brendel, Geschäftsführerin des Thüringer Arbeitslosenverbandes, MdL Knut Korschewsky, Landesvorsitzender der LINKEN, Renate Licht, DGB-Landesvorsitzende, Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow, Christine Fiedler, Geschäftsführerin der Paritätischen Sozialen Arbeit Thüringen, MdL Ina Leukefeld, Hans-Hermann Hoffmann, Vorsitzender der Thüringer Arbeitsloseninitiative, Diana Glöckner, Pressesprecherin der Linksfraktion.

NACHGEFRAGT bei Knut Korschewsky zur Debatte zum Thüringer Ministergesetz

Im Landtag wurde jetzt das Ministergesetz mit Einschnitten bei der Altersversorgung der Minister verabschiedet. Was „lange währte, ist gar nicht gut geworden“. Warum?

Ich habe das in der Debatte betont, weil es zum Gesetz eine lange Hängepartie gab und es erheblich geknirscht hat im Koalitions-Gebälk. Dass nun die Angleichung der Ministerversorgung an die Grundprinzipien des Beamtenversorgungsrechts erst für künftige Minister im Amt gilt, womit sich die SPD durchgesetzt hat, ist Ergebnis eines unwürdigen Geschachers, das zu Recht auf öffentliche Empörung in Thüringen gestoßen ist.

Die LINKE will dagegen angehen. Was ist jetzt noch möglich?

Nach einem Gutachten des Juristischen Dienstes des Landtags wäre eine Rückwirkung des Gesetzes verfassungsrechtlich nicht anzugreifen. Ich hätte schon erwartet, dass die CDU-Fraktion, die das Gutachten in Auftrag gab, aktiv wird. Nun aber wird es die LINKE aufgreifen und sich erneut für die Rückwirkung einsetzen. Dies auch vor dem Hintergrund jüngster Meldungen, dass die Pensionslasten für ehemalige Thüringer Ministerpräsidenten und Minister massiv steigen. In diesem Jahr sind es 1,6 Millionen Euro, im nächsten Jahr 1,8 Millionen – im Landeshaushalt 2012 also 200.000 Euro mehr für diese Pensionen, aber z.B. mehr als 200.000 Euro weniger für die Kommunen. Das ist doch nicht mehr

nachvollziehbar. Hier muss endlich gegengesteuert werden.

Die Betroffenen werfen den Kritikern gern eine Neiddebatte vor!?

Es geht nicht um Neid, es geht um Versorgungsmentalität. Natürlich ist die LINKE der Meinung, dass es für erworbene Ansprüche einen Bestandsschutz geben muss, aber dann nicht nur für Minister. Ich habe in der Debatte CDU und FDP, SPD und Grüne gefragt: Wo war denn der viel gepriesene Bestandsschutz bei der Überführung der Rentenansprüche aus der DDR-Rentenversicherung? Niemand hat sich dafür eingesetzt. Wo ist der tatsächlich wirksame Bestandsschutz für alle, die vor der Rentenreform Anwartschaften angesammelt haben? Und wo ist der Bestandsschutz für die Versicherten in der Arbeitslosenversicherung geblieben, als durch Rosarot-Grün Hartz I bis IV erfunden oder eher doch wohl verbochen wurden?

Überall im Land hatte es jetzt einen heftigen öffentlichen Aufschrei gegeben...

Ja natürlich, schließlich haben sich die Menschen ihre Renten- und Versicherungsanwartschaften hart erarbeitet, haben Beiträge aus ihren Einkommen eingezahlt. Ehemalige Minister aber werden aus dem Landeshaushalt und mit Steuergeldern alimentiert und haben keinen Cent eigene Beitragsleistung erbracht. Daher ist es auch mehr als gerechtfertigt, dass künftig Ein-

kommen aus eigenen Einkünften voll auf die Ministerpensionen angerechnet werden.

Welche weitergehenden Vorschläge hatte die LINKE in ihrem Änderungsantrag gemacht?

Wir wollten die Einführung einer fünfjährigen Karenzzeit zwischen Ausscheiden aus dem Amt und Übernahme einer Funktion in der Wirtschaft, was die Landtagsmehrheit als unzulässiges Berufsverbot bezeichnete. Organisationen wie LobbyControl verlangen solche Karenzzeiten, um der Verdrängung von Wirtschaft und Politik entgegenzutreten. Ich verweise nur auf die Fälle Althaus und Magna, Stichwort „Verhandlung um Zukunft von Opel“, oder Schröder und Gazprom.

Die LINKE wollte auch mehr Transparenz.

Wir wollten die Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften. Die Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, von welchen außerparlamentarischen Einflüssen Regierungsmitglieder bei politischen Entscheidungen noch bestimmt sein könnten. Auch dieser Vorstoß gegen Lobbyismus, der übrigens anschließt an LINKE Gesetzesvorschläge aus der vergangenen Legislatur zur Einführung umfassender Offenlegungspflichten bei den Abgeordneten, fand im Landtag keine Mehrheit.

(Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph)